

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS
— Drucksache 13/893 —**

Die Vertriebenenverbände und der angebliche „Aufruf zum Rassenkampf“ gegen Deutsche von polnischer Seite

Bernhard Schmidt berichtet in der „Junge Welt“ vom 13. März 1995 über eine Tagung der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ in Verbindung mit der „Studiengruppe für Politik und Völkerrecht“ vom 8. bis 10. März 1995 außerhalb von Bonn. Das Thema der Tagung war: „Staats- und völkerrechtliche Ansätze zu rechtlichen und politischen Zukunftsperspektiven der deutschen Minderheiten und Volksgruppen“. Laut Einladungsschreiben sollte die Frage der „Perspektiven der deutschen Minderheiten und Volksgruppen in Ostmitteleuropa“ diskutiert werden.

Mit einem Grußwort bedachte auch der Staatssekretär Dr. Walter Priesnitz die knapp 100 Anwesenden (vertreten war das Bundesministerium des Innern durch Rolf Goßmann). In dem Grußwort heißt es: „Die vielfältigen praktischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterstützung der deutschen Minderheiten im östlichen Europa, besonders in Gegenden mit kompakter deutscher Siedlung, zeigen deutliche Wirkung“. Die „Junge Welt“ zitiert Staatssekretär Dr. Walter Priesnitz in indirekter Rede weiter: „Der Prozeß der Selbstfindung der Deutschen als Volksgruppe habe entscheidend gefördert werden können. Auch bei schwieriger Haushaltslage würden die Bemühungen fortgesetzt“.

Zu den deutlichen Wirkungen dieses Prozesses der Förderung „kompakter“ deutscher Minderheiten zählt offenbar auch der Redebeitrag eines Vertreters der deutschen Gruppen aus Oberschlesien. Der berichtete über ein Flugblatt eines „polnischen Westverbandes“, in dem es u. a. heißen soll: „Die Deutschen hätten zwei der meistgelesenen Zeitungen der Region aufgekauft und säuberten die in ihren Händen liegenden Gemeindeverwaltungen von Nicht-Deutschen.“ Der Vertreter der deutschen Minderheit sah hierin einen „Aufruf zum Rassenkampf“ von polnischer Seite; die deutsche Minderheit in Polen steht demnach in einem „harten existentiellen Abwehrkampf“. Ideologisch wird hier die Eskalation der Konfrontation mit dem polnischen Staat und der polnischen Bevölkerung betrieben.

Ähnlich wie dieser Vertreter der deutschen Minderheit argumentieren auch die Vertriebenenzeitungen, wie z. B. die „Schlesischen Nachrichten“ und der „Schlesier“. Sie zeichnen das Bild einer zunehmenden pogromartigen Stimmung gegen die in Polen lebenden Deutschen und eines sprunghaften Anwachsens „deutschfeindlicher Stimmungen und

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 7. April 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Straftaten“. Daraus ergibt sich die Forderung nach effektiverem Schutz der Deutschen und ihrer Einrichtungen in Polen und eine stärkere Konfrontation mit der polnischen Bevölkerung oder deren Vertreter, die zum „Rassenkampf“ aufrufen, und mit dem polnischen Staat, der dies duldet.

1. Worin bestehen nach Ansicht der Bundesregierung die „deutlichen Wirkungen“, die die Unterstützung kompakter deutscher Siedlungen in Ostmitteleuropa bewirken?

Die Unterstützung der deutschen Minderheiten in ihren Siedlungsgebieten zielt darauf ab, die Lebensbedingungen dort zu verbessern. Davon profitiert insbesondere bei der Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen und dem Aufbau sozialer Dienste die Wohnbevölkerung der gesamten Region. Das bedeutet am Beispiel Schlesiens die sichtbare Verbesserung der Lebensbedingungen durch den Aufbau eines Netzes von Sozialstationen der Caritas zur Altenpflege, die Verbesserung der Wasserversorgung der Dörfer und die Verbesserung der medizinischen Einrichtungen in der Region.

2. In welchen Ländern hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Herausbildung dieser „kompakten deutschen Siedlungen“ zu Spannungen im Zusammenleben tatsächlich geführt?

Kompakte deutsche Siedlungsgebiete im östlichen Europa haben sich im Laufe der Geschichte entwickelt, wie z. B. in Rumänien, Ungarn, Rußland. Im Fall der deutschen Minderheit in Polen liegt bei ihrer Entstehung die Veränderung des deutsch-polnischen Grenzverlaufs zugrunde. Weder in dem einen noch in dem anderen Fall hat die Anerkennung der Minderheitenrechte zu Spannungen geführt. Die noch vereinzelt vorkommenden Übergriffe gegen die deutsche Minderheit in Polen werden von allen verantwortlichen Kräften in Polen als Anschlag auf das friedliche Zusammenleben verurteilt. Derartige Vorfälle sind im Abnehmen begriffen und waren Ausdruck der Schwierigkeit, nach 40 Jahren offiziellen Leugnens der Existenz einer deutschen Minderheit in Polen durch die Kommunisten, ihre Anerkennung durch das demokratische Polen hinzunehmen.

3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß in Polen „von polnischer Seite“ zum Rassenkampf gegen die deutsche Minderheit aufgerufen wird und daß dies von der polnischen Regierung tatenlos geduldet wird?

Wenn ja, worin sieht die Bundesregierung dies begründet?

Das Wort „Rassenkampf“ gehört weder zum Sprachschatz der deutschen noch der polnischen Regierung.

4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Verlautbarungen aus den Vertriebenenverbänden zu Angriffen gegen die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa?

Keine.

5. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Vertriebenenverbände mit derartigen Äußerungen und Darstellungen die Konfrontation mit der Bevölkerung und den Regierungen in den betreffenden Ländern suchen, oder ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Vertriebenenverbände zu Recht diese Länder beschuldigen?

Vergleiche Antwort zu Frage 4.

6. Falls die Bundesregierung der Ansicht ist, daß es völlig falsch ist, daß von polnischen Verbänden und ermöglicht durch die Duldung der polnischen Regierung zum „Rassenkampf“ gegen die deutsche Minderheit aufgerufen wird, was haben die auf der obenbenannten Tagung der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ anwesenden Vertreter des Bundesministeriums des Innern und des Auswärtigen Amtes unternommen, um dem entgegenzutreten?

Die in der Frage unterstellten Äußerungen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Daher konnten in der genannten Veranstaltung Vertreter der Bundesregierung dazu auch nicht Stellung beziehen.

7. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung insgesamt ergriffen, um auf die Vertriebenenverbände einzuwirken, damit sie eine derartige Propaganda eines angeblichen Rassenkampfes gegen die deutsche Minderheit einstellen?

Vergleiche Antwort zu Frage 3.

8. Wurde die oben angegebene Tagung der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ aus Mitteln des Bundeshaushalts unterstützt (gegebenenfalls über den Bund der Vertriebenen oder/und der Bundeszentrale für politische Bildung), und wenn ja, wie viele Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt (bitte nach Zuwendungsgeber und -höhe aufschlüsseln)?

Das Bundesministerium hat die Tagung durch eine Bundeszuwendung in Höhe von 30 500 DM gefördert.

